

## Rede Dr. Wolfgang Schäuble Bundesminister der Finanzen

### Anlässlich der Festveranstaltung zum 10jährigen Bestehen der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“

Am 23. Juni 2010 in Berlin

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

es ist mir sehr wichtig, bei diesem Festakt mit dabei sein zu können. Das Reden ist ja gar nicht so wichtig, aber das Zuhören war schon sehr wertvoll.

Es ist wahr, wir haben damals dieses Gesetz zur Errichtung der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ im Bundestag mit einer Allparteienkoalition zustande gebracht. Es war auch ein wichtiges Signal. Wir haben uns ja über alle Irrungen und Wirrungen hinweg, da Sie nun liebenswürdiger Weise gesagt haben, wie lange ich schon dabei bin, kann ich das nicht völlig unerwähnt lassen, nicht, das ist ja auch wahr, aber am Ende doch immer wieder auch uns insgesamt und parteiübergreifend unserer Geschichte gestellt. Entsprechend sind im Übrigen in das Kuratorium der Stiftung auch Vertreter aller Bundestagsfraktionen entsandt. Und das hat sicherlich zu der erfolgreichen Arbeit der Stiftung in den zurückliegenden zehn Jahren auch beigetragen. Man würde das ja wahrscheinlich neudeutsch, und als Finanzminister man muss sich immer ganz auf der Höhe der Zeit bewegen, als „ownership“ bezeichnen. Und im Übrigen gehört natürlich die Beteiligung der Wirtschaft in der Stiftungsinitiative ganz entscheidend mit dazu.

Die Stiftung ist im In- und Ausland seit ihrer Gründung natürlich vor allem bekannt geworden durch die von ihr geleisteten Auszahlungen an die ehemaligen Zwangsarbeiter und an eine Vielzahl anderer NS-Opfer. Aber, meine Damen und Herren, es war eine späte Geste. Deutschland, Staat und Wirtschaft haben sich diesen Teil der Aufarbeitung des NS-Unrechts jahrzehntelang nicht leicht gemacht. Und wir sollten auch zugeben, ohne den weltweiten Druck, ohne die weltweite Aufmerksamkeit, den politischen Druck, auch ohne eine starke Zivilgesellschaft in Deutschland, die uns als Politiker gedrängt und ermutigt hat, wäre es vielleicht auch im Jahr 2000 nicht zu diesem Schritt gekommen.

Natürlich war auch die Überwindung des Ost-West-Gegensatzes eine zentrale Voraussetzung für dieses Projekt. Also, es war eine späte Geste, aber immerhin, sie war dann doch historisch auch ohne Beispiel. Und dass es noch so spät gelungen ist, mehr als 1,7 Mio. Menschen in 98 Ländern eine Leistung der Stiftung zukommen zu lassen, tja, das sagt natürlich zunächst einmal über das Ausmaß des Unrechts und des Leids Entscheidendes aus. Aber es zeigt auch, dass es spät, aber doch nicht vergeblich gewesen ist. Natürlich ist widerfahrenes Unrecht dadurch nicht beseitigt worden, aber es ist immerhin anerkannt worden und so ist die Würde der Opfer auch ein Stück weit geachtet worden.

Der Stiftung wäre die Erfüllung ihrer Aufgabe ohne ihre internationalen Partner nicht möglich gewesen. Auch das illustriert ja die besondere internationale Qualität des

Stiftungsauftrags. Das Auszahlungsprogramm selber wurde ja im Jahre 2007 auf Einladung des Bundespräsidenten in einem Festakt förmlich abgeschlossen. Aber die Präambel des Stiftungsgesetzes bezeugte eben zugleich das Bekenntnis des Bundestages zur dauerhaften politischen und moralischen Verantwortung für die Opfer des Nationalsozialismus.

Der Bundestag hat damals formuliert, ich zitiere: „Die Erinnerung an das den Opfern zugefügte Unrecht auch für kommende Generationen wachhalten.“

Es gibt bei der Erinnerung an das nationalsozialistische Unrecht keinen Schlussstrich – auch nicht nach dem Ende der Auszahlungen.

Meine Damen und Herren, das sind wir nicht nur in erster Linie den Opfern schuldig, sondern dies brauchen wir vor allem zur Selbstvergewisserung unseres freiheitlich demokratischen Rechtsstaats.

So wurde durch den Gesetzgeber als dauerhafte Aufgabe der Stiftung (*bzw. des Zukunftsfonds*) definiert, „ Projekte zu fördern, die der Völkerverständigung , den Interessen von Überlebenden des nationalsozialistischen Regimes, dem Jugendaustausch, der sozialen Gerechtigkeit, der Erinnerung an die Bedrohung durch totalitäre Systeme und Gewaltherrschaft und der internationalen Zusammenarbeit auf humanitärem Gebiet dienen. Im Gedenken an und zu Ehren derjenigen Opfer nationalsozialistischen Unrechts, die nicht überlebt haben, soll er auch Projekte im Interesse ihrer Erben fördern.“

Inzwischen ist der Zukunftsfonds identisch mit der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“. Die rund 400 Mio. Euro, die wir als Stiftungskapital haben, bringen 6-8 Mio. Euro jährlich für die Projektarbeit. Das ist in Zeiten der Finanzmarktentwicklung, aber das will ich jetzt nicht vertiefen, ein Thema, mit dem Sie sich intensiv beschäftigen werden. Das alles produziert natürlich keine Schlagzeilen mehr, wie vor zehn Jahren.

Aber die Stiftung hat sich insbesondere in den Ländern Mittel- und Osteuropas, in Israel und in den USA zu einer anerkannten Botschafterin der Bemühungen Deutschlands, sich seiner Verantwortung für die Geschichte zu stellen, entwickelt, zunächst durch die Auszahlungen und inzwischen durch die Projektförderung. Im Kuratorium der Stiftung entscheiden Vertreter aus Polen, Israel, der Russischen Föderation, aus Tschechien, aus den USA, der Ukraine und Weißrussland über die Geschicke der Stiftung mit. Und so nehmen die Kuratoren internationale Verantwortung wahr, nämlich sich gemeinsam für Völkerverständigung einzusetzen. Und auch das entspricht dem Auftrag der Stiftung. Und es wird ja in vielen der durch sie geförderten Projekte realisiert.

Ich will einige wenige Beispiele kurz erwähnen: Mit dem Programm „Partnerschaften Altenhilfe“ - und ich habe schon gut zugehört - mit diesem Programm setzen sich zivilgesellschaftliche Einrichtungen in Osteuropa zusammen mit Initiativen aus Deutschland für die Verbesserung der sozialen Lage der noch lebenden NS-Opfer ein.

Es sind zahllose Partnerschaften entstanden. Es wurden Wissen und Erfahrungen ausgetauscht. In Deutschland ist das Verständnis für die Situation der Überlebenden in ihren Ländern gewachsen und vielleicht - das ist auch wichtig - die Opfer selbst konnten „andere Deutsche“ als vor über 65 Jahren kennenlernen.

Die Stiftung hat seit 2002 etwa 4900 Überlebenden aus vielen Ländern die Reise nach Deutschland ermöglicht, wo sie Schülern und Studierenden ihre Erinnerungen mitteilten - und diese Begegnungen sind von unschätzbarem Wert.

Auch die Internet-Dokumentation von Interviews mit ehemaligen Zwangsarbeitern, die während des Zweiten Weltkrieges aus ganz Europa nach Deutschland deportiert wurden, ist ein wichtiger Beitrag der Stiftung zum europäischen Gedenken an dieses Unrecht über die Erlebnisgeneration hinaus. Das Leid der Opfer, die Unmenschlichkeit der Täter wird so vor Vergessen und Verfälschung bewahrt.

Im kommenden September wird die Stiftung im Jüdischen Museum Berlin eine von der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora gestaltete Ausstellung über Zwangsarbeit im Nationalsozialismus eröffnen, die danach in vielen europäischen Ländern und in den USA gezeigt werden soll.

Und in einem internationalen Forschungsprogramm zum selben Thema hat die Stiftung Wissenschaftler miteinander in Verbindung gebracht, die die Ergebnisse ihrer Arbeit im November bei einer Konferenz in Berlin diskutieren werden. Indem die Stiftung das Thema Zwangsarbeit auf europäischer Ebene diskutiert, leistet sie einen Beitrag zur europäischen Erinnerungskultur.

Es geht für die meisten Gruppen von NS-Opfern heute nicht mehr um neue individuelle Entschädigungsleistungen, sondern es geht vor allem darum, die Erinnerung an das Unrecht des Nationalsozialismus wachzuhalten.

Viele alt gewordene Überlebende, Sie haben das gesagt, bedürfen in besonderer Weise der Unterstützung durch Pflege und Betreuung. Die Bundesregierung wird sich dieser besonderen Verantwortung, so wie es die Stiftung im Rahmen ihrer Möglichkeit weiterhin tut, auch in Zukunft stellen. Und dies kann im Übrigen nur im Zusammenwirken mit den Ländern geschehen, in denen die Überlebenden heute beheimatet sind.

Die Theresienstädter Erklärung vom 30. Juni 2009 ist schon zitiert worden, Sie haben, Herr Dr. Jansen, daran mitgewirkt, ich will sie nicht noch einmal zitieren, aber ich rufe sie ausdrücklich in unser Gedächtnis.

Meine Damen und Herren, eine wichtige Folgerung aus den nationalsozialistischen Verbrechen ist ja übrigens schon historisch: Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte. Und es bleibt eine ständige Herausforderung. Und sie ist nur in Teilen eingelöst. Und, meine Damen und Herren, sie ist immer wieder bedroht.

Die Stiftung engagiert sich in diesem Bereich mit einem eigenen Förderprogramm „Menschen Rechte Bilden“, auch mit ihrem Jugendaustauschprogramm „Europeans for Peace“.

Es sind seit 2005 Jugendliche aus Deutschland, Mittel-/Osteuropa und Israel in über 320 Projekten zusammen gekommen, in denen sie sich mit Fragen der Menschenrechte in Vergangenheit und Gegenwart auseinandersetzen und der Bundesaußenminister hat für dieses Programm die Schirmherrschaft; und am Ende ist es hier, wie es meistens ist: Engagement wird erst dann glaubwürdig, wenn es sich auf konkrete Probleme und Missstände bezieht.

Meine Damen und Herren, auch unsere heutigen Gesellschaften - in Deutschland nicht und kaum irgendwo auf der Welt - sind frei von Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit, Extremismus. Und immer wieder müssen wir erleben, dass Hass in Gewalt umschlägt.

Die Verknüpfung geschichtlicher Erfahrungen mit diesen konkreten Menschenrechtsfragen, das ist einer der Grundgedanken von „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“.

Für mich - und für die Bundesregierung - stehen zur künftigen Tätigkeit der Stiftung zwei Aspekte im Vordergrund:

Zum einen sollte die Stiftung gemeinsam mit Politikern und der Politik immer wieder nach neuen Wegen suchen, die Brücken zwischen Ost und West zu verstärken.

Auch da ist vieles gut geworden, aber nicht so gut, dass wir uns nicht mehr darum kümmern müssen.

Und zum anderen sollte die Stiftung durch entsprechend angelegte Projekte dazu beitragen, Menschen in Deutschland und in Europa für die Gefährdung unserer Demokratien und für das Auftreten von Unrecht in unterschiedlichem Gewand immer wieder zu sensibilisieren. Beides wären gute Beiträge zur Gestaltung eines gemeinsamen Europas, eines Europas, das sich an den Menschenrechten ausrichtet. Die Bundesregierung wird diese Arbeit auch weiter aktiv unterstützen.

Ich will noch einmal auf die Bedeutung des Erinnerns an das NS-Unrecht für unser demokratisches Gemeinwesen heute und morgen zurückkommen. Der amerikanische Philosoph George Santayana hat einmal gesagt: „Die, die sich der Vergangenheit nicht erinnern, sind gezwungen, sie nochmals zu durchleben.“

Es ist für Nachkriegsdeutschland von großer Bedeutung gewesen, dass wir diese Einsicht ernst genommen haben, nicht immer und auch nicht von Anfang an mit voller Überzeugung. Das ist wahr. Aber vermutlich ist eben auch wahr, dass traumatisierte Gesellschaften oft Zeit brauchen, Abstand, bis sie sich der Last der Geschichte stellen können.

Aber im Rückblick lässt sich doch sehen, dass und wie der Erfolg der deutschen Demokratie nach dem II. Weltkrieg durch diese Bereitschaft bedingt gewesen ist, sich der Erinnerung an die totalitäre Herrschaft der Nationalsozialisten und den Fragen nach ihren Ursachen und Konsequenzen zunehmend zu stellen. Das war schwierig und schmerzhaft, sich den von Deutschen und in Deutschlands Namen verübten Verbrechen zuzuwenden.

Es war ja kein anonymer, abstrakter Unrechtsstaat, sondern es waren Verbrechen, die von Menschen verübt oder nicht verhindert wurden, von Tätern, von Mitläufern, von Menschen, die nicht sehen wollten, um nicht zu viel zu riskieren. Und die Bereitschaft, dieser Tatsache ins Auge zu sehen, ist im Laufe der Jahrzehnte erst gewachsen.

Aber heute sehen wir, wie groß der historische Abstand geworden ist, und so lassen sich auch die Empfindungen, die die Deutschen - wie unsere Nachbarn in der Nachkriegszeit - hatten, heute kaum noch für die jüngere Generation nachvollziehen.

Wir sehen im Übrigen auch, dass für die weitere Gestaltung des demokratischen Deutschlands nicht jede Entscheidung immer nur durch Bezug auf die Schreckensjahre des Dritten Reichs gerechtfertigt werden sollte. Unsere Freunde und Partner in der Welt, auch in Europa - wir konnten das nach der Überwindung der deutschen und europäischen Teilung erleben - die erwarten von uns, dass wir uns der Tatsache bewusst sind, dass wir nun seit Jahrzehnten doch eine stabile und erfolgreiche Demokratie geworden sind.

Ein großes europäisches Land, groß jedenfalls im europäischen Maßstab, sonst nicht so sehr.

Und dass aus all dem eine Verantwortung folgt, die wir wahrzunehmen haben, aber das bedeutet eben nicht, dass das Erinnern an die NS-Zeit und das in ihr von Deutschen verübte Unrecht weniger wichtig würde.

Es gibt nach wie vor viele Menschen in der Welt, die aus gutem Grunde nicht vergessen können, was ihnen oder ihren Eltern angetan wurde. Auch in diesem Sinne ist das Erinnern für die deutsche Gesellschaft eine bleibende Verantwortung vor den Opfern.

Und wir müssen erinnern, um zu realisieren, wie gefährdet freiheitliche Ordnung immer sein kann. Gefährdet durch die Doppelnatur des Menschen.

Und jede Gesellschaft nimmt ja ihren Erfolg schnell als selbstverständlich hin.

Die Realität einer zivilen und demokratischen Ordnung, in der auch schwere Konflikte durch etablierte politische und rechtliche Prozesse geregelt werden, ist aber alles andere als eine Selbstverständlichkeit.

Historisch gesehen ist sie eher der Ausnahmefall. Und so tut es uns gut, gerade auch wenn heute auch so viel von Politikverdrossenheit gesprochen wird, uns dieser Tatsache bewusst zu sein. Die erfolgreiche demokratische Neugestaltung zunächst der alten Bundesrepublik und heute Gesamtdeutschlands ist ein historischer Glücksfall, für den wir dankbar sind. Aber Konflikte in aller Welt machen deutlich, wie bedroht Freiheit, Toleranz, Humanität auch in unserer Zeit sind. Sie machen uns gewahr, dass es unsere bleibende Aufgabe ist, unsere freiheitliche demokratische Rechtsordnung als ein kostbares Gut zu pflegen und weiter zu entwickeln.

Und das tun wir am besten indem wir ihre Möglichkeiten zur Partizipation und zum Wettbewerb der Meinungen wahrnehmen. Demokratie, meine Damen und Herren, funktioniert am Ende nicht dadurch, indem man andere machen lässt, und Weimar ist an einem Mangel an Demokraten gescheitert. Auch diese Erinnerung sollte uns helfen, die Bedeutung politischen und bürgerschaftlichen Engagements in und für unsere Demokratie auch heute zu begreifen.

Und so, meine Damen und Herren, danke ich der Stiftung und allen, die ihrer Arbeit verpflichtet waren und verpflichtet bleiben, und ich wünsche Ihnen allen in unserer aller Interesse für Ihre weitere Arbeit viel Erfolg.